

Sachsen dreht frei

Anne Roth
28c3
27.12.11



Sachsen dreht frei

- Ereignisse am 19. Februar 2011, Tag des Nazi-Aufmarschs in Dresden
- §129-Verfahren
- Verfolgung von Nazi-Gegnerinnen und -Gegnern
- Verfolgung von Nazis
- Überwachungsmethoden
 - Funkzellenauswertung / Überwachung / eFAS
- Verfahren gegen Lothar König (Jena)

Vorgeschichte des Februar 2011

- 13. Februar 2010
 - Plakat beschlagnahmt „Aufruf zu Straftaten“
 - Durchsuchungen in Berlin und Dresden
 - Abschaltung von dresden-nazifrei.com



[HOME](#)

[AUFRUF](#)

[BLOCKADEN](#)

[BUSSE](#)

[TERMINE](#)

[MATERIAL](#)

[KONTAKT](#)

[RSS](#) 

13.2.2010

ZENSURIERT

DRUCKEN
GEMEINSAM
BLOCKIEREN

NAZIFREI

19. Februar 2011

- Blockade des Nazi-Aufmarschs
- Abends: Durchsuchung Roter Baum e.V. und Haus der Begegnung, mit Privatwohnung, Anwaltsbüro, Büro der Dresdner LINKEN, Krankenstation der Demo-Sanis
- Im Haus der Begegnung: Pressezentrum 'Dresden Nazifrei'

19. Februar 2011

- 120 Beamte beteiligt, sehr aggressiv
- 1 Notarzt-Einsatz
- zahlreiche eingetretene Türen
- 16 Anwesende gefesselt und festgenommen
- mussten sich teilw. bis auf die Unterhose ausziehen
- gegen alle Verfahren wg.
 - Schwerer Landfriedensbruch - §125a,
 - Aufruf zu Straftaten - §111
 - Kriminelle Vereinigung - §129

§129-Verfahren

12. April 2011

- Durchsuchungen in Dresden, Leipzig, Machern, Finsterwalde, Grimma und Niesky = Wohnungen von 14 Personen
- 400 Beamte
- Vorwurf: Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB)
- ED-Behandlung und DNA-Abnahme
- 3 weitere Personen (ohne Durchsuchung)
- Aktenzeichen identisch mit Durchsuchung am 19.2.

§129-Verfahren

- ca. 40 §129-Verfahren
- gegen einige wurde bereits ca. 1 Jahr ermittelt
- Vorwurf: koordinierte Angriffe auf Nazis:
 - Steinwürfe auf Busse auf einer Raststätte, mit denen Nazis am 19.2. fahren (leer)
 - ein Angriff auf „drei polizeibekannte Rechtsextremisten“ in Leipzig, Okt.'09
 - Verprügeln von Nazis, die die 'Praxis' angegriffen hatten, Aug.'10
- Später Durchsuchungen in Stuttgart, Berlin

Durchsuchung der 'Praxis'

- Das Wohnprojekt Praxis stand schon in einem Durchsuchungsbeschluss für den 19. Februar, wurde aber nicht durchsucht
- Denn.. es kam etwas dazwischen





(<http://www.youtube.com/watch?v=ab6CesvX5pI>, Angriff auf die 'Praxis')

Durchsuchung der 'Praxis'

- Vorgeschichte
 - August 2010: Brandanschlag, der von der Feuerwehr gelöscht werden musste
Im Zimmer darüber wohnt eine Familie mit Baby
- Auch am 12. April wurde die 'Praxis' nicht durchsucht
- Es soll vorher durchgesickert sein, dass die Durchsuchung bevorsteht
- Staatsanwaltschaft Dresden suchte daraufhin nach einem Maulwurf in den eigenen Reihen

Durchsuchung der 'Praxis'

- Am 2. Mai fand die Durchsuchung statt:
 - 150 Beamte, vermunnt & mit Maschinenpistolen
 - Fesselungen mit Kabelbindern
 - teilw. mit vorgehaltener Waffe ab- / "vorgeführt"
- Das gleiche Aktenzeichen wie am 19. Februar und 12. April
- Steine, die von den Nazis geworfen worden waren, wurden präsentiert als „Steine, die als Wurfgeschosse dienen könnten“

Verfolgung von Linken

- April 2011: neuer LKA-Präsident, will verstärkt gegen Linksextremisten vorgehen
- Kriminalitätsstatistik: Anstieg 'links motivierter Gewalttaten', stärker als rechte Gewalt
- Kein Unterschied zwischen leichter und gefährlicher Körperverletzung
- Linke Gewalt
 - 40% leichte Verletzungen von Polizisten, oft bei Demonstrationen, Widerstand gegen Beamte
 - werden selten verurteilt
- Rechte Gewalt = hohe Dunkelziffer
 - 2010: 17 Brandanschläge auf Wohnhäuser (Sachsen)

„Extremismus“

- „Sachsen ist die Hauptstadt der Extremismus-Klausel“ (Jule Nagel, Stadträtin in Leipzig)
- Seit der Vereinigung CDU-regiert
 - Biedenkopf, Mildbradt, Tillich
- 2. Legislatur mit NPD
- Viele gewaltbereite Nazis
- Neben der Bundes-Extremismus-Klausel gibt es eine sächsische Klausel
- Sächsischer Demokratiepreis, 2010 vom Akubiz (Pirna) abgelehnt
- 2011 eigener Preis der Landesregierung

Sachsen-Sumpf

- 2007 Untersuchungsausschuss Sachsen-Sumpf
 - Rotlichtmilieu / OK
 - "Der Ausschuss soll Korruptionsvorwürfe gegen sächsische Politiker und Juristen prüfen."
 - Ministerpräsident droht mit Klage gegen den Untersuchungsausschuss
- 2008 Rücktritt von Ministerpräsidenten Milbradt (Sachsen-LB)
- 2009 Ermittlung gegen Karl Nolle, SPD
- 21 Verfahren gegen Journalistinnen/Journalisten, die zum Sachsen-Sumpf schrieben

Sachsen-Sumpf

- August 2010: Urteil gegen zwei freie Journalisten (Spiegel & Zeit) wegen übler Nachrede – *nicht* Presserecht
- "Ermittelten die Polizisten möglicherweise illegal oder verdeckt gegen N.? Gerieten sie unter Druck, weil der einflussreiche Richter Dienstaufsichtsbeschwerde gegen sie erhob?"
- € 2.500 Strafe

Verfolgung von Nazis

- Sturm 34 (Mittweida)
 - Gegründet 2006, verboten 2007
 - 50 Mitglieder harter Kern, 100 Sympathisanten
 - Ziel: 'national befreite Zone Mittweida', Angriffe gegen Linke und Migrantinnen/-en
 - Sommer 2008: Verfahren nach §129 StGB abgelehnt:
Kein "für alle verbindlicher Gruppenwillen", außerdem fehle es den Angeklagten "überwiegend am intellektuellen Inventar". (Richterl. Begründung)

Verfolgung von Nazis

- Sturm 34
 - 2009: BGH revidiert Entscheidung zu §129
 - März 2010: Verfahren gegen 11 Mitglieder neu eröffnet
 - April 2011: Urteil gegen 5 Mitglieder, 3 Bewährungsstrafen
 - Verfahren gegen Rädelsführer noch offen



(<http://www.youtube.com/watch?v=OiIh1xsEqIE> , 4:20-5:44,
Kontraste: Ermittlungspanne bei Sachsens Verfassungsschutz,
3.12.11)

Überwachung

- Funkzellenauswertung
- IMSI-Catcher
- Elektronisches Fallanalyse-System eFAS

Überwachung

- Funkzellenauswertung 13., 18., 19.2.11
 - an 14 Tatorten, Dresden Südvorstadt, 9 Stunden (Angriffe auf Polizeibeamte und schwerer Landfriedensbruch, §125)
138.260 Verkehrsdaten = 65.645 Rufnummern
 - ein Gebiet über 48 Stunden
 - am 19.2. ein Gebiet 12 Stunden (Bildung einer kriminellen Vereinigung, §129)
896.072 Verkehrsdaten, 257.858 Rufnummern, 40.732 Bestandsdaten
- insg. 1 Mio. Datensätze
- über 250.000 Betroffene

Überwachung

- Verkehrsdaten:

TK-Dienst, Nummer & Kennung der beteiligten
Anschlüsse, Standortdaten, Beginn & Ende
der jeweiligen Verbindung, Datenmengen

- Bestandsdaten:

Rufnummer, Name, Anschrift, Datum
Vertragsbeginn, Geburtsdatum

Überwachung

- Rechtliche Grundlage für FZA
 - §100 StPO (Auswertung von Mobilfunkdaten) bei Verdacht, schwere Straftaten begangen zu oder vorbereitet zu haben - Mindesthöchststrafe 5 Jahre
 - u.a. Hochverrat, Gefährdung des Rechtsstaates, Abgeordnetenbestechung, Straftaten gegen die Landesverteidigung und öffentliche Ordnung, Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Schriften, Raub und Erpressung, Geldwäsche, gemeingefährliche Straftaten
 - nur wenn "die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre". Daten müssen hinterher gelöscht werden.

Überwachung

- FZA
 - Ein bekannter Fall aus Niedersachsen („Holzklotz“), eine Tote, Anwendung umstritten
 - Hamburg: darf FZA nicht bei Autobrandstiftungen einsetzen, nicht verhältnismäßig
 - Berlin setzt(e) keine FZA ein
 - Voraussetzungen (schwere Straftaten) „bei politischen Ereignissen nicht gegeben“

Überwachung

- Gewalt gegen die Polizei am 19.2.11
 - 118 verletzte Polizistinnen und Polizisten
 - davon 11 dienstunfähig
- Betroffen sind 12.000 Menschen, die in dem Gebiet wohnen, dazu Demonstrierende, Anwältinnen und Anwälte, Journalistinnen und Journalisten, Abgeordnete
- Lässt sich mit FZA Landfriedensbruch aufklären?
- Hätten die Straftaten nicht anders aufgeklärt werden können?

Überwachung

- Chronologie
 - 19.6., FZA aufgedeckt in der taz
 - Bericht über MdB-Mitarbeiter
 - gegen 16:00 Personalienfeststellung
 - später Verfahren wg. Behinderung einer Demonstration
 - FZA in den Akten
 - 20.6., 1. Anwältin kündigt Klage an
 - 21.6., Grüne Sachsen rufen auf, Auskunft zu beantragen

Überwachung

- Chronologie
 - 22.6., Busunternehmen
 - Fragebögen der sächsischen Polizei an Busunternehmen, die Demonstrierende transportiert haben:
 - Personaldaten der Fahrer, Zahlungsmodalitäten, Ausweiskopien der Auftraggebenden,
 - Kontakte zwischen Fahrgästen, Gesprächsinhalte, Tages- und Streckenabläufe, Transparente
- (Der Freitag)*

Überwachung

- Chronologie
 - 24.6., Innenminister Ulbig und Justizminister Martens übergeben Bericht zur Erhebung und Auswertung von Mobilfunkdaten an Ministerpräsident Tillich
 - 27.6. Dresdner Polizeipräsident tritt zurück

„Sachsens Innenminister Ulbig, immerhin auch Verfassungshüter, hält das Vorgehen seiner Beamten für verhältnismäßig, bedauert nur, nicht über das volle Ausmaß der Ausspähung informiert worden zu sein. Anders gesagt: Hanitsch muss nicht gehen, weil er den Rechtsstaat mit Füßen getreten hat. Sondern weil er seinen Minister an Horch und Guck nicht voll teilhaben ließ.“ (FR, 28.6.)



Justiz · Sicherheit · Steuern · Finanzen

Sprache

» sachsen.de ◊

- » Land, Leute, Freistaat
- » Regierung, Verwaltung, E-Government
- » Arbeit, Wohnen, Verbraucherschutz
- » Wirtschaft, Technologie, Verkehr
- » Familie, Soziales, Gesundheit
- » Bildung, Studium, Forschung
- » Kultur, Tourismus, Sport
- » Umwelt, Landwirtschaft, Wald
- » Justiz, Sicherheit, Steuern, Finanzen**
- » Bürgerservice
- » Zentrale Portalfunktionen

sachsen.de - Service

◊

Justiz, Sicherheit, Steuern, Finanzen

◄ zurück zu »Justiz, Sicherheit, Steuern, Finanzen«

24.06.2011 - Zur Diskussion um die Funkzellenauswertung



In Dresden kam es am 19. Februar 2011 zu teilweise äußerst gewalttätigen Ausschreitungen mit erheblichen Personen- und Sachschäden.
(© SK)

Sachsens Innenminister Markus Ulbig und Justizminister Dr. Jürgen Martens haben am 24. Juni den Bericht zur Erhebung und Auswertung von Mobilfunkdaten im Zusammenhang mit dem 19. Februar 2011 in Dresden an Ministerpräsident Stanislaw Tillich

Medienservice



» Medienservice

Newsletter

Bitte wählen Sie hier einen Newsletter aus!

◊

Überwachung

- 28.6., taz:

Innenminister, Justizminister und Landespolizeichef können im Innenausschuss Einsatz von IMSI-Catchern nicht ausschließen

- 30.6., PM Staatsanwaltschaft Dresden:

IMSI-Catcher wurden in §129-Verfahren eingesetzt, unabhängig von FZA-Beschlüssen

Überwachung

- IMSI-Catcher
 - simuliert eine Funkzelle: Handy 'bucht sich ein'
 - kann alle Handys in einer Funkzelle ermitteln
 - kann u.U. Gespräche mithören
 - legt u.U. Mobilfunkverkehr des Handys lahm, auch keine Notrufe
 - VS durfte nach 9/11 IMSI-Catcher benutzen
 - '02-'09 81 mal durch Geheimdienste eingesetzt, Genehmigung durch G10-Kommission bzw. entsprechende Länderkommissionen

Überwachung

- eFAS – elektronisches Fallanalyse System
 - Ende 2008: Präsident des LKA Sachsen kündigt Kauf des eFAS für 3,5 Mio € an
 - (bei der Polizei wird Personal abgebaut)

*"Die Algorithmen zeigen Strukturen in Gruppen von Menschen, diverse Statistiken zu Gewohnheiten, Ähnlichkeiten bei Verhaltensweisen und Bewegungen zwischen Menschen – all das in Sekundenschnelle, wenn sie mit den entsprechenden Daten gefüttert werden."
(Constanze Kurz, FAZ, 24.6.11)*

Überwachung

- EFAS
 - §129 Brandanschlags auf Bundeswehr-Kaserne, April 2009
 - 162.000 Kassensbons von OBI
 - September: FZA beantragt
5 Monate später, nur mit VDS möglich
 - 1.120.535 Verbindungsdatensätze
 - mind. 82.665 Bestandsdaten
 - Daten mind. bis Sommer 2011 gespeichert
 - Kein Ermittlungserfolg
 - Für eFAS keine besondere Befugnis nötig (Sächs. Innenministerium 4.8.11)

Kritik der Datenschutzbehörden

„Die Funkzellenabfrage ist ein verdeckter Eingriff in das Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG). Sie richtet sich unterschiedslos gegen alle in einer Funkzelle anwesenden Mobilfunkgerätebesitzer, ..“

„Sie offenbart Art und Umstände der Kommunikation von u. U. Zehntausenden von Menschen, die selbst keinen Anlass für einen staatlichen Eingriff gegeben haben.“

„Das Bundesverfassungsgericht hat stets betont, dass die Erhebung von Verkehrsdaten erhebliche Rückschlüsse auf das Kommunikationsverhalten zulässt. Verkehrsdaten können das soziale Netz des Betroffenen widerspiegeln; allein aus ihnen kann die Verbindung zu Parteien, Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen deutlich werden.“

Entschließung der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder, 27.7.11

SACHSEN

Die Härte des Systems

Die Affäre um riesige Mengen abgeschöpfter Handy-Daten zeigt das seltsame Verhältnis der Dresdner Landesregierung zum Rechtsstaat. Der Fall ist vorläufiger Höhepunkt einer ganzen Reihe juristischer Absonderlichkeiten, die wohl in keinem anderen Bundesland vorstellbar wäre.



Christdemokraten Biedenkopf 1999, Milbradt, Tillich: Ignoranz gegenüber Bürgerrechten

Lothar König glaubte, er habe das alles hinter sich gelassen. Die Schnüffeleien, die Telefonspionage, die Verleumdungen. Alles eben, was für ihn die DDR ausmachte. Und nicht die Bundesrepublik. König schluckt. „Ich habe mich geirrt. Nichts hat sich geändert.“

Der 57-Jährige arbeitet als Jugendpfarrer in Jena, betreut junge Leute auf der Straße. Die Thüringer Polizei lobt sein entschiedenes Eintreten gegen Rechtsextremismus. König wird selten laut: Raucht Pfeife, trägt Vollbart, das Atmen fällt ihm wegen seines Gewichts schwer. Doch nun bricht es aus ihm heraus: „Das sind SED-Methoden! Mein Glaube an den Rechtsstaat ist erschüttert!“

Durch einen Zufall hat König erfahren, dass die sächsische Polizei gegen ihn ermittelt. Der Theologe wird verdächtigt, Mitglied einer „kriminellen Vereinigung“ zu sein, eines linken Schlägertrupps, der in Sachsen Rechtsradikale jagt.

Der Geistliche war im Februar mit seiner Gemeinde, Gewerkschaftern und dem Jenaer Oberbürgermeister in Dresden, um gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremen zu demonstrieren. Die Fahnder glauben, der Hundert-Kilogramm könnte Mitglied einer „Antifa-

Sportgruppe“ sein, die sich in Dresden durch gezieltes Vorgehen und ihre Fitness vorgetan haben soll. „Absurd“, sagt König. Der Pfarrer erwägt, gegen Sachsen juristisch vorzugehen.

Im Rest der Republik könnte man über den Fall König wohl schnell zur Tagesordnung übergehen. Eine bedauerliche Verirrung übereifriger Polizisten, wie sie auch in einem Rechtsstaat schon mal passieren kann. Aber in Sachsen? Dort sind die Ermittlungen gegen den Jenaer Pfarrer bislang kaum aufgefallen, weil sie nicht die Ausnahme, sondern eher die Regel zu sein scheinen.

Wie kein anderes Bundesland hat Sachsen über Jahre hinweg eine Serie unglaublicher Verletzungen rechtsstaatlicher Prinzipien produziert. Im Südosten der Republik gelten offenbar auch zwei Jahrzehnte nach dem Untergang der DDR eigene Regeln. Immer wieder werden eklatante Fälle staatlichen Machtmissbrauchs und polizeilicher Willkür bekannt, ohne dass sich die Verhältnisse grundlegend bessern würden.

Der Freistaat, diagnostiziert der Berliner Geschichtswissenschaftler Wolfgang Wippermann, sei das „rechtskonservativste und unfreieste Bundesland der Republik“.

Gänzlich ironiefrei beklagt der Wissenschaftler die Ignoranz gegenüber Bürgerrechten: „In Sachsen geschehen Dinge, die könnte sich George Orwell nicht einmal vorstellen.“

Ihr eigenartiges Rechtsverständnis demonstrierte die sächsische Polizei zuletzt vor wenigen Monaten in der „Handy-Affäre“. Die Beamten hatten nach Ausschreitungen bei einer Demonstration am 19. Februar in Dresden die Daten von über 250 000 Mobilfunkanschlüssen abgeschöpft, insgesamt mehr als eine Million Datensätze. Telefonnummern, Uhrzeit und Dauer der Anrufe, den Standort der Gesprächsteilnehmer, Daten von Demonstrationen, Abgeordneten, Anwälten, Journalisten und Unbeteiligten.

Ziel der Operation war es, ebeneren linken kriminellen Vereinigung auf die Spur zu kommen, in der die Ermittler auch den Pfarrer König vermuten. So groß der öffentliche Aufschrei war, so ungerührt reagierte die schwarz-gelbe Landesregierung. Missmutig opferte sie den Dresdner Polizeipräsidenten.

Kurz darauf, in der vergangenen Woche, wurde die nächste Ungeheuerlichkeit bekannt. Auch in einem anderen Fall hatten die Beamten in großem Umfang

Die Affäre um riesige Mengen abgeschöpfter Handy-Daten zeigt das seltsame Verhältnis der Dresdner Landesregierung zum Rechtsstaat. Der Fall ist vorläufiger Höhepunkt einer ganzen Reihe juristischer Absonderlichkeiten, die wohl in keinem anderen Bundesland vorstellbar wäre.

Der Spiegel, 1. August 2011

Jena

- Ermittlung nach §129 gegen Lothar König
- 10.8., 6:00

Durchsuchung der Dienstwohnung des Pfarrers der Jungen Gemeinde Jena Stadtmitte, Lothar König, auch der vom Beichtgeheimnis geschützten Räume, VW-Bus beschlagnahmt

- Vorwurf: „aufwieglerischer Landfriedensbruch“, §125 StGB
- Keine Absprache mit Thür. Innenministerium, oder Landeskirchenamt
- 13.8., Brief der StA Dresden an Katharina König informiert über Vorermittlungen nach §125,
- 15.8., als 'Fehler' zurückgenommen



Sächs. Justiz will ihre Ruhe

"Das, was sich im Moment einige Politiker und interessierte Medien an Vorwürfen gegen die Staatsanwaltschaft Dresden erlauben, kannte ich bisher nur aus der rechtsextremen Ecke und von Querulanten."

Pressesprecher Jan Hille der Dresdner Staatsanwaltschaft gegenüber der taz, 11.8.11

Jena

- 18.8.

Der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter schreibt einen Brief an sächs Ministerpräsidenten Tillich mit der Bitte um Stellungnahme zur Durchsuchung

- Es antwortet nicht Tillich, sondern der sächsische Generalstaatsanwalt Fleischmann, der die Maßnahmen alle für korrekt hält, auch die FZA

„Wer so denkt, will die Anarchie“

„Auch Oppositionspolitiker tragen dafür Verantwortung, dass das Grundvertrauen in die Gewaltenteilung nicht erschüttert wird. Doch mit ihrer unerträglichen Verbalradikalisierung machen sie das Gegenteil. Sie zündeln, statt zu löschen.“

„Ich weiß auch nicht, was eine Landesbischöfin dazu veranlasst, noch am Tag der Durchsuchung eine Gefahr für das Beichtgeheimnis zu vermuten. Was wäre denn gewesen, wenn der Pfarrer verdächtigt worden wäre, ein Auto gestohlen oder einen Unfall verursacht zu haben? Dann hätten alle eine rasche Aufklärung gefordert. So zu tun, als wären wir eine scheindemokratische Republik wie Russland, schadet Sachsen insgesamt.“

CDU-Fraktionschef Steffen Flath im Interview mit der Sächsischen Zeitung, 19.8.11

SPD entschuldigt sich für Sachsen

„Der Freistaat Sachsen will, und das ist auch aus unserer Sicht richtig und erforderlich, begangene Straftaten konsequent aufklären. Nicht die Strafverfolgung, aber die politische Begleitmusik der sächsischen Staatsregierung sorgt jedoch dafür, dass viele Menschen in Sachsen, in Thüringen und in anderen Bundesländern Zweifel an der Angemessenheit dieses Handelns haben.“

„Der erste Bürger einer Stadt wendet sich an den ersten Bürger eines Landes, um in einen politischen Austausch zu treten. Und erhält eine strafprozessuale Informationsschrift zur Antwort. Unsere Staatsregierung wird sich für diese Missachtung nicht entschuldigen. Wir tun es hiermit.“

Brief an den Jenaer Oberbürgermeister v. Martin Dulig und Sabine Friedel, SPD-Fraktion Sachsen, 25.8.11

SPD entschuldigt sich für Sachsen

Wir würden Ihnen gern versichern, dass die sächsische Staatsregierung das friedliche Engagement willkommen heißt, dass sie ein verlässlicher und unterstützender Partner für die vielen Menschen und Initiativen ist, die sich für die Demokratie stark machen. Und dass sie alles in ihren Möglichkeiten stehende unternehmen wird, um die entstandene Verunsicherung vieler Bürger aus der Welt zu schaffen. Unmissverständlich und offen. Wir können das nicht.“

Brief an den Jenaer Oberbürgermeister v. Martin Dulig und Sabine Friedel, SPD-Fraktion Sachsen, 25.8.11

Jena

- 1.9.

Das §129-Verfahren gegen Lothar König wird eingestellt

- 8.12.

Gegen Lothar König wird Anklage nach §125a StGB erhoben – schwere Landfriedensbruch

Strafmaß zw. 6 Monaten und 10 Jahren Haft

- Lothar König erfährt davon aus der Zeitung



(http://www.youtube.com/watch?v=_UlTvJ2POXM, bis 0:59,
Ton Steine Scherben: Keine Macht für niemand)

Jena

- Klageschrift
 - Er habe „durch das Abspielen von "Musik mit aggressiven, anheizenden Rhythmen" zur Gewalt aufgewiegelt.“
 - „Da müssen wir ein bisschen aufpassen“
- Möglicher Start des Verfahrens: Überwachung von Katharina König, die mit dem Handy ihres Vaters am 5.2. in Dresden war
- Ermittlungen gegen MdL nicht erlaubt, deswegen gegen ihren Vater
- Observation hätte erkennen müssen, dass Katharina in Dresden war

Klage von Lothar König gegen Sachsen

„In den der Verteidigung überlassenen Auszügen aus den Ermittlungsakten wird in einer der Beschuldigten von Polizeibeamten konsequent als "afroamerikanisch/europäischer Mischling mit dementsprechender brauner Hautfarbe" beschrieben. Den Begriff Mischling kennen wir aus den nationalsozialistischen Rassegesetzen. Weder der Staatsanwaltschaft als Herrin des Verfahrens, noch die mit der Sache betrauten ErmittlungsrichterIn ist wegen der Verwendung rassistischer Terminologie eingeschritten. Die diesen Begriff verwendenden Polizeibeamten müssen das als Billigung ihrer rassistischen Sprache auffassen. Ich habe insoweit Strafanzeige wegen Beleidigung erstattet.“

(Johannes Eisenberg, Rechtsanwalt von Lothar König, 13. Dezember 2011)

Außerdem wegen der Verfolgung Unschuldiger

Offener Brief gegen die Kriminalisierung von Lothar König

„Wir fordern die sächsischen Behörden auf, ihre Verfolgungswut gegen mündige Bürger und insbesondere das Ermittlungsverfahren gegen Lothar König zu beenden und sich stattdessen mit den tatsächlichen Feinden der Demokratie zu beschäftigen. Wir fordern die thüringischen Behörden auf, sich gegen die Übergriffe von sächsischer Staatsanwaltschaft und Polizei zu wehren. Wir solidarisieren uns mit Lothar König, den wir schon aus DDR-Zeiten als treuen und ehrlichen Gefährten der Demokratiebewegung kennen.“

16.12.11

Schützenswerte Minderheit

- 21.12. :
 - Blockierer vom 19.2. zu Geldstrafe verurteilt
 - Besonderer Minderheitenschutz für Nazis, deswegen genießen sie besonderen Schutz



(Anonymous, Botschaft an die sächsische Polizei
http://www.youtube.com/watch?v=n_5kFWwwvPY)

Außerdem

„Demokratie auf sächsisch“
heute 16:00 Saal 3



Weiterlesen bei

<http://jg-stadtmitte.de/>

<http://www.sachsens-demokratie.net/>

<http://dresden-nazifrei.com/>

[http://sachsendrehtfreistaat.](http://sachsendrehtfreistaat.blogspot.de)

[blogspot.de](http://sachsendrehtfreistaat.blogspot.de)

Danke!

Fragen & Kommentare an

Anne Roth

annalist@riseup.net
annalist@jabber.ccc.de
<http://about.me/annalist>